



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

E/X/174 - 1.8.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 890

Vor neuen Verhandlungen mit Jugoslawien	S. 1
USA vor vier Problemen	S. 3
Jules Mochs Alarmruf	S. 5
Saar-Hoffmanns Freunde in der Verteidigung	S. 7

*

Politik der Überheblichkeit

sp Wenn der Bundestagsabgeordnete Dr. Pfeleiderer wirklich in der nächsten Zeit als Botschafter nach Belgrad gehen sollte - die Bundesregierung hatte um das Agreement Anfang der vergangenen Woche nach-gesucht und es ist wohl mit der Bestätigung durch die jugoslawische Regierung zu rechnen - wird er ein steiniges Feld zu beackern haben. Die Beziehungen zwischen Bonn und Belgrad haben z.Zt. einen Tiefstand erreicht, der selbst dann nicht so ohne weiteres überwunden werden dürfte, wenn die immer wieder vertagten Verhandlungen über die Befriedigung der finanziellen Ansprüche Jugoslawiens demnächst erneut in Gang kommen sollten. Darüber liegen widersprechende Informationen vor. Nach der einen Version wird die zweite August-Woche als Termin für einen neuen Anfang genannt, nach einer anderen ist ein fester Zeitpunkt überhaupt noch nicht in Aussicht genommen.

Die Verärgerung der Jugoslawen ist verständlich. Sie haben seit langem Forderungen angemeldet und genau begründet, die sich in erster Linie auf Ansprüche jugoslawischer Arbeit aus der Kriegszeit an die deutsche Sozialversicherung ergeben, aber auch aus anderen Posten, wie nicht bezahlte jugoslawische Lieferungen. Mehrmals sind Besprechungen darüber vertagt worden, zuletzt Ende vorigen Jahres. Die Anwesenheit einer Gruppe von Bundestagsabgeordneten im Mai in Belgrad schien zunächst die verfahrenre Situation etwas aufzulockern. Bundestagspräsident Gerstenmaier, der die westdeutsche Parlamentarier-Delegation leitete, schickte sogar von Belgrad aus ein Telegramm an die

zuständigen Bonner Regierungsstellen, um sie zu schnellerer Gangart zu veranlassen. Aber es blieb bei der Geste.

Seitdem ist abermals ein Vierteljahr vergangen. Die deutsche Botschaft in Belgrad blieb nach dem Fortgang des Botschafters Kroll nach Tokio seit Februar unbesetzt und auch in der Frage der Berufung eines Nachfolgers zeigte Bonn, genau wie in der Frage der Schuldenregelung, eine uninteressierte Gleichgültigkeit, die in Belgrad als kränkend, ja herausfordernd empfunden werden mußte.

Die Forderung der Jugoslawen beträgt nach dem letzten Verhandlungsstand rund 100 Mill. Dollar. Sie stellt eine Art globaler Abfindung dar, die ursprünglichen jugoslawischen Einzelforderungen machten in ihrer Gesamtheit einen wesentlich höheren Betrag aus. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass die Jugoslawen sich in einem früheren Stadium der Verhandlungen bereit erklärt haben, die Regelung im allgemeinen Londoner Schuldenabkommen keineswegs als Präzedenzfall für die Behandlung der eigenen Forderungen anzusehen.

Gerade im Hinblick darauf, wären die Voraussetzungen für ein offenes Gespräch zwischen den Vertretern Jugoslawiens und der Bundesrepublik an und für sich gar nicht so ungünstig, wenn der gute Wille, zu einem Ergebnis zu kommen, allgemein wäre. Mit jeder Woche weiterer Verzögerung aber versteift sich die Situation und wächst die Gefahr, dass sich, ausgehend von dieser Affäre, die jugoslawisch-westdeutschen Beziehungen für die Dauer ernsthaft verschlechtern. Und das in einem Augenblick, in dem sich z.B. eine Abordnung jugoslawischer Parlamentarier für 14 Tage in die Sowjetunion begibt und auch sonst Anzeichen für eine wesentliche Verbesserung der jugoslawisch-sowjetischen Beziehungen auf allen Gebieten vorliegen.

Es wäre sehr kurzsichtig, wenn, wie das schon aus Anlass des Zwischenfalles mit der österreichischen Regierung zu beobachten war, die Bundesregierung glaubt, sie könne infolge ihres gewachsenen Ansehens im Kreise der Großen sich im Umgang mit den Kleinen eine Politik der Überheblichkeit erlauben, weil man sie "braucht". Wenn Dr. Pfeleiderer, ein Mann ruhigen Urteils und von solcher Einstellung weit entfernt, nach Belgrad gehen sollte, wird er zunächst einmal eine diffizile psychologische Aufgabe zu lösen haben.

Die amerikanische Diplomatie nach der Genfer Konferenz

Von unserem Korrespondenten in USA

Interim, New York

Präsident Eisenhower steht nach seiner Rückkehr aus Genf in den Augen der amerikanischen Öffentlichkeit mehr noch als zuvor als Held und erfolgekrönter großer Staatsmann da. Das Gefühl, dass die Mehrzahl der Wolken, die den internationalen Horizont verdunkelten, nun auf einmal fortgeblasen sind, ist viel stärker als die unbestimmte Warnung der Zeitungen, dass in Genf im Grunde ja noch nichts Konkretes erreicht worden ist und die bevorstehende neue Außenministerkonferenz der großen Vier im Herbst (mit allen ihren denkbaren Fortsetzungen, vielleicht das ganze Jahr 1956 hindurch) ja nur einen noch recht unpräzisen Wechsel auf die Zukunft darstellt.

Das amerikanische Staatsdepartment, mit dem in Genf bisher Erreichten nicht unzufrieden, glaubt jetzt vier verschiedene diplomatische Themenkreise vor sich zu sehen:

1. die europäische Sicherheit durch denkbaren Abschluß eines gesamt-europäischen Sicherheitspaktes,
2. die Wiedervereinigung Deutschlands,
3. die Abrüstung und
4. Ostasien, d.h. insbesondere die Beziehungen zu Rot-China.

Im Augenblick ist wohl die deutsche Wiedervereinigung das schwierigste dieser vier Themen. Man hat ja jetzt klar genug erkannt, dass Moskau in Bezug auf Deutschland die Erhaltung des Status quo wünscht, solange der Westen auf der Linie taktiert, auch ein wiedervereinigtes Deutschland in die Pariser Verträge einzubeziehen. In Washington meint man, die beste Möglichkeit, diese schwierige Hürde zu umgehen, bestehe in einem radikalen und kühnen Anpacken der Abrüstungsfrage - und dafür sind ja heute in der Tat wesentlich mehr und bessere Voraussetzungen gegeben. Man darf da getrost auf die schon im vorigen Jahr von dem französischen Abrüstungsexperten Jules Moch hartnäckig in der UNO-Kommission für Abrüstung verfochtene These zurückgreifen: eine allmähliche, stufenweise und progressive Begrenzung und Reduktion der Rüstungen der Groß-

Mächte müßte auf lange Sicht die Wiederaufrüstung der Deutschen Bundesrepublik hinfällig machen - denn wo alles abrüstet, wäre es ja wohl einigermaßen sinnlos, Bonn alleine auf der Welt seine 12 Divisionen aufbauen zu lassen. Und dann, wenn auf diese Weise das Problem des deutschen Rüstungsbeitrages zu NATO gleichsam automatisch aus der Welt geschafft sei, dann müßte ja wohl auch in russischer Sicht, nach Bulganins eigenen Worten, die Zeit "reif" für die deutsche Wiedervereinigung sein.

Wohlgermerkt sind solche Gedankengänge im Augenblick nicht offizielle amerikanische Politik, und es wäre ja wohl auch unklug, würde Washington Leute schon zum Ausdruck bringen, dass es einmal zum Abbau des NATO-Verteidigungssystems bereit sein könnte. Aber der Gedanke, über die heute realpolitisch durchaus gangbare Straße der allgemeinen Rüstungsbegrenzung auch das deutsche Problem zu lösen, drängt sich als Fernstrategie doch bereits vielen nachdenklichen Amerikanern auf. Und vielleicht, so fragt man sich hier und da, kommt Deutschland auf diesem Umweg doch schneller zu seiner Einheit, als wenn man einfach weiterhin von den Sowjets die Freisgabe ihres ostdeutschen "Faustpfandes" fordert.

Die Realität des Abrüstungsgedankens kann nicht mehr bestritten werden. Die Rüstungslasten beginnen selbst für Großmächte untragbar zu werden. Selbst in Ostasien, wo die Kriegsgefahren zweifellos nach wie vor größer sind als in Europa, besteht im Grunde nur die Gefahr lokalisierter Konflikte, die zwar - wie der Fall Korea bewies - tragisch genug sind, aber deren Ausweitung in einen Weltkrieg jedermann weit und breit zu verhüten sucht. Damit sind wohl auch, inmitten des brodelnden Nationalismus der Völker Asiens, für diesen Erdteil die Grenzen abgesteckt, und die Diplomaten dürften wissen, wie weit sie gehen können. Tatsache ist, dass die amerikanische Regierung mit einer erfreulichen und neuartigen Elastizität das heißeste aller Eisen anpackt, die amerikanischen Beziehungen zu Rot-China. Die gegenwärtigen Botschaftsgespräche in Genf sind dafür ein sprechender Beweis. Andererseits kietet auch die letzte große Rede Tschou En-lais vor dem Parlament in Peking für eine Annäherung der bisher so schroff entgegengesetzten Standpunkte manchen Anhaltspunkt. Es liegt auf der Hand, dass diese Entwicklungstendenz die Zuversicht der amerikanischen Diplomatie weiter verstärkt, welche sich dieser Tage so eindeutig in Bezug auf die gesamte Weltlage manifestiert.

"Wir sind gewarnt!"

Von Dr. Dr. Fritz Wenzel, MdB

Es gibt Bücher, die sind einem Ruf vergleichbar, der in entscheidungsvoller Stunde möglichst viele Menschen erreichen will. Bücher, von denen man jedem einzelnen sagen möchte: dieses Buch geht Dich, Dich ganz persönlich an! Solch ein Buch scheint mir Jules Moch' "Wir sind gewarnt" zu sein, das Albert Einstein mit einem Vorwort versehen hat. (Die deutsche Übersetzung ist in der Europäischen Verlagsanstalt zum Preise von DM 6,80 erschienen.)

Man übertreibt nicht, wenn man dieses Werk zu den wichtigsten Büchern unserer Zeit rechnet. Man wünschte es, das in Amerika keinen Verleger finden konnte, in die Hände der verantwortlichen Staatsmänner und Politiker ebenso, wie in die breitesten Schichten aller Völker auf der Erde. Der Verfasser macht darin auf Grund einer einzigartigen Sachkenntnis unwiderlegbar deutlich, dass angesichts der Existenz der Wasserstoffbombe ein neuer Krieg als Mittel und Möglichkeit zur Beseitigung nationaler oder ideologischer Differenzen, es sei denn um den Preis des Unterganges aller, zur Unmöglichkeit geworden ist.

Für den Wert und die Gedingenheit dieses Buches spricht sein Verfasser. Jules Moch, bekannt als ehemaliger sozialistischer Kriegsminister, ist Fachmann als Frontoffizier zweier Weltkriege, als Ingenieur, dessen Spezialgebiet die Waffentechnik ist, und nicht zuletzt als langjähriger Chef der französischen Delegation bei der Abrüstungskommission der UNO, der wie kaum ein anderer über das einschlägige Material unterrichtet ist.

Abrüstung oder Untergang - die unausweichliche Alternative

Das Buch behandelt folgende aktuelle Fragen: Wie wird ein kommender Krieg aussehen? Mit welchen neuen Waffen, neben der Wasserstoffbombe, wird er geführt werden? Gibt es eine Verteidigung gegen die künftigen Angriffswaffen? Können wir die drohende Katastrophe verhindern? Der Verfasser unternimmt zur Beantwortung dieser entscheidungsschweren Fragen einen Streifzug in die Welt der Atomkerne. Der erste Teil seines Buches ist eine objektive Darstellung der technisch-militärischen Situation, die durch die Entwicklung der Atomwaffe entstanden ist. Dabei ist der

Bericht so geschrieben, dass die kompliziertesten Probleme der modernen Waffentechnik auch dem Laien verständlich werden, ohne dass dabei die wissenschaftliche Klarheit und Gründlichkeit leidet. Jules Moch schreibt im Schlußkapitel des ersten Teiles:

"Das Rüstungswettrennen vervielfacht sich ohne Vorteil für irgendjemanden - alle neuen Kräfte, die dem einen Lager zufließen, ziehen die Schaffung ähnlicher im anderen nach sich, jeder Zuwachs der Bombenvorräte findet sein Gegenstück auf der anderen Seite in einem ähnlichen Zuwachs. Nur die Verständigung auf Grund gegenseitiger Zugeständnisse, nur die fortschreitende, international überwachte Abrüstung kann den Frieden sichern. Abrüsten oder den Untergang riskieren, das ist die Wahl, vor der die Menschheit steht."

Mit dieser international überwachten Abrüstung beschäftigt sich der zweite Teil des Buches. Alle diejenigen, die wissen, was heute auf dem Spiele steht, werden den Mahnruf des Verfassers: Eile ist notwendig! wohl verstehen und sollten, wo immer sie Einfluss in der Politik haben, danach handeln. Unser Hinweis auf dieses sachlich-nüchterne und auch wieder prophetisch helllichtige Buch soll mit einem Gedanken schließen, den Albert Einstein in seiner Einleitung ausspricht. Dieser Gedanke gilt einer konsequenten Politik des Friedens, die den Mut haben muß, die Wahrheit über die Waffen und den Verlauf eines modernen Krieges zu sagen. Einstein sagt: "Was wir nicht verlieren dürfen, wenn wir nicht alles verlieren wollen, ist unsere Bereitschaft, die Wahrheit zu suchen und unseren Mut, der Wahrheit gemäß zu handeln. Wenn wir das behalten, können wir nicht verzweifeln!" Und konsequent im Geiste dieser Erkenntnis schließt er: "Wer nicht an die Möglichkeit der Erzielung eines dauernden und gesicherten Friedens glaubt oder nicht den Mut hat, entsprechend zu handeln, der ist reif zum Untergang."

*

*

*

- 7 -

Der Hilferuf der SPS

sp - Die Sozialdemokratische Partei Saar (SPS) hat es für richtig gehalten, bei der europäischen Kontrollkommission gegen eine angebliche Verletzung von Bestimmungen des deutsch-französischen Abkommens über das Saarstatut durch deutsche Zeitungen und deutsche Parteien Einspruch zu erheben. Die Kontrollkommission wird gefragt, ob sie die Aufmerksamkeit der Bundesregierung auf gewisse "flagrante Verletzungen" dieser Vereinbarungen gelenkt habe und ob sie bereit sei, die Westeuropäische Union damit zu befassen, falls die Regierung in Bonn keine befriedigende Antwort gebe. Der Protest bezieht sich unter anderem auch auf "das Erscheinen der SPD-Vertreter Mellies, Wehner und Mommer auf der Gründungsversammlung der Deutschen Sozialdemokraten an der Saar", also der DSP.

Dieser Hilferuf unmittelbar nach dem Beginn der großen politischen Auseinandersetzungen an der Saar über das künftige Schicksal dieses deutschen Landes ist außerordentlich bezeichnend. Er unterstreicht nachdrücklich, was alle Berichte aus dem Saargebiet erkennen lassen, dass die deutschen Parteien sofort bei ihrem ersten öffentlichen Auftreten einen ganz starken Erfolg bei der Bevölkerung buchen konnten, weit über das von ihren Gegnern befürchtete Maß hinaus. Das ist das politisch Interessante an diesem Vorgang: Die Freunde Hoffmanns, welcher politischen Farbe sie auch zugehören, sehen sich bereits in die Defensive gedrängt.

Zu den Behauptungen über die Unzulässigkeit des Auftretens von Vertretern der deutschen Sozialdemokratie auf der Gründungsversammlung der DSP ist nur zu sagen, dass niemand von ihnen eine Äußerung getan hat, die als eine Aufforderung an die Saarbevölkerung angesehen werden könnte, gegen das Saarstatut Stellung zu nehmen. Niemand hat einen solchen Rat erteilt, niemand eine entsprechende Parole ausgegeben, eine Einmischung hat nie stattgefunden. Nur eine solche Einmischung aber ist nach dem Wortlaut des Artikels 6 Abs. 3 des erwähnten Abkommens unstatthaft. Die SPD entsendet im übrigen, wenn sie eingeladen ist, zu wichtigen Tagungen und Zusammenkünften aller sozialistischen Bruderparteien Gäste, so wie das in der Sozialistischen Internationale üblich ist. So geschah es auch hier. Dabei wurde der Verbundenheit aller derer Ausdruck gegeben, die sich zum freiheitlichen Sozialismus bekennen und die Stimme für Demokratie, Freiheit und Völkerverständigung erhoben.

Wenn solch' Bekenntnis zu den selbstverständlichen Grundvoraussetzungen jeder freiheitlichen Demokratie Ärgernis erregen, so sagt das über den wahren politischen Standort der Verärgerten und Empörten mehr aus, als ihnen lieb sein kann. - - - - -